

Von der Truman- zur Carter-Doktrin: Die amerikanische Außenpolitik zwischen Kaltem Krieg und hehren Hoffnungen

Der Präsident zeigt Flagge

Jimmy Carter hat am Mittwoch eine neue Außenpolitik verkündet: „Frieden durch Stärke.“ Nach dem Afghanistan-Schock tritt klassische Realpolitik wieder in ihre Rechte: Nicht die guten Worte zählen, sondern das militärische Bollwerk gegen die UdSSR. Amerika will sich in der Welt wieder starkmachen. Olympia-Boycott, Militärhilfe für Pakistan, amerikanische Stützpunkte am Indischen Ozean – ist die Entspannung gescheitert?

Eine Analyse von Josef Joffe, Michael Naumann und Theo Sommer

„In 200 Jahren hatte die Teilnahme Amerikas an der Weltpolitik zwischen einem übermäßigen Engagement und völligem Herausbalten hin- und hergeschwankt. Wir hatten entweder zu viel von unserer Macht erwartet oder uns ihrer geschämt; die Zwiespältigkeiten einer unvollkommenen Welt hatten in uns entweder hochfliegende optimistische Gefühle oder Resignationen und Enttäuschung geweckt.“

Henry Kissinger, Memoiren

Jimmy Carters außenpolitischer Optimismus, die Welt durch festen moralischen Auftritt zum Besseren zu verändern, ist verflogen. „Get tough“ — Werdet hart! — lautet die Jahresbotschaft des amerikanischen Präsidenten an sein Volk und an den Kongress. Die Vereinigten Staaten wollen wieder Muskeln zeigen. Mächtig zu sein, so scheint Jimmy Carter in der Stunde seiner Ohnmacht angesichts der Afghanistan-Invasion gelernt zu haben, ist keine Schande. Jetzt will Carter neue Dämme gegen den sowjetischen Expansionismus bauen: Im Vorderen Orient, am Indischen Ozean, in Jugoslawien. Am Wochenende hat er in Camp David eine neue außenpolitische Doktrin entwickelt, die seinen Namen tragen soll. Ihr Ziel: Der russischen Macht Grenzen zu setzen und gleichzeitig mit den Turbulenzen der Dritten Welt fertigzuwerden, ohne dabei die Gewinne jahrelanger Abrüstungsgespräche zu verspielen. Carter: „Frieden durch Stärke.“

Es wird Carter nicht überraschen, daß ihm die politische Härte als Eingeständnis früherer Schwäche ausgelegt wird. So erklärte er am Vorabend seiner *State-of-the-Union*-Ausprache abwehrend: „Wir sind ja bisher nicht schwach aufgetreten. Seit ich im Weißen Haus bin, ist unsere Politik stark und entschlossen, beständig und klar gewesen.“ Nicht er, sondern Breschnew hätte den außenpolitischen Stil radikal verändert.

Carters farbloser, aber solider Vorgänger Gerald Ford wollte das amerikanische Lehnwort für Entspannung, *détente*, vor den Wahlen von 1976, am liebsten in Acht und Bann tun. Und im Weißen Haus Jimmy Carters ist der Begriff jetzt gestorben: Seit nach Weihnachten 85 000 russische Elitesoldaten in das karge Bergland Afghanistan einbrachen und die Herrschaftsgrenzen des sowjetischen Imperiums in kraftvollem Blitzkrieg über tausend Kilometer nach Süden verschoben.

„Frieden durch Stärke“

„Wir werden Amerikas militärische Stärke — und die unserer Verbündeten und Freunde — weiterhin ausbauen. Unsere Streitkräfte bleiben mächtig und einsatzbereit. Daran wird Moskau nicht zweifeln können.“

Jimmy Carter vor dem US-Kongress am 28. Januar 1980

Nun steht die russische Luftwaffe eine halbe Flugstunde von der Öltanker-Straße von Hormuz entfernt, der Schlagader des Westens im Persischen Golf.

Unerträglich erschien nicht nur dem empfindlichen Carter, daß gleichzeitig 50 amerikanische Geiseln im benachbarten Iran in „schrecken-erregender Lage“ die außenpolitische Ohnmacht der Amerikaner unter Beweis stellten.

Noch vor seiner Botschaft zur Lage der Nation hatte Carter, von russischer Doppelzüngigkeit verbittert („Gromyko hat mich einfach angelogen. Er saß da und log mich an!“), seinen 73-jährigen Widerpart Leonid Breschnew im Kreml wissen lassen, „daß ich nicht zögern werde, zum Schutze amerikanischer Interessen im Mittleren Osten die notwendigen Maßnahmen zu treffen — auch militärische“. Der militante, ungewohnt entschlossene Tonfall des Mannes aus Georgia (das Prager Parteiblatt *Rude Pravo*: „Haß, Hysterie, Blindheit“), sein besorgt-ernstes Fernsehgesicht oh-

Quelle

ne das notorische Lächeln — all dies verstärkt das Gefühl der Amerikaner, der Partner unzähliger Abrüstungsgespräche habe sie hereingelegt. Carter: „In der letzten Woche hat sich meine Meinung über die Russen drastischer verändert als in den zweieinhalb Jahren zuvor.“

Die — von Brzezinski so genannte — *Carter-Doktrin* faßt das Ergebnis des Lernprozesses in Worte und setzt sie in Politik um. Amerika wendet sich abermals einer Politik der Stärke zu; „Vietnam und so“ — ist vergessen. Im historischen Wechsel von Isolationismus und Interventionismus schlägt das Pendel wieder einmal zurück; zum ausgreifenden Engagent in der Welt.

Mit dem ersten sowjetischen Großraumtransporter, der — gemäß russischer Tradition, militärische Feindseligkeit an Feiertagen zu eröffnen — am Heiligen Abend auf dem Bagram-Fliegerhorst (42 Kilometer nördlich von Kabul) landete, schien die haarsträubende Schreckenswelt des Kalten Krieges wieder auferstanden: „Die sowjetische Intervention in Afghanistan“, klagt der Sicherheitsberater im Weißen Haus, Zbigniew Brzezinski, „signalisiert einen neuen Höhepunkt sowjetischer Selbstsicherheit. Dies ist eine Wasserscheide in der Geschichte — zum erstenmal seit 1945 setzt der Kream sowjetische Truppen ein, um ein fremdes Land außerhalb russischer Kontrolle zu unterwerfen.“ Freilich: Zum erstenmal seit 1945 stand auch fest, daß die Rote Armee bei ihrer Gewaltexkursion auf keinen westlichen Widerstand stoßen würde. Brzezinski: „*Détente* ist ernsthaft angeschlagen.“

Während die Eroberer in der neuen Kolonie aufräumten, schrieb Präsident Carter Leonid Breschnjew ins Stammbuch, er sei ein unverantwortlicher Kriegstreiber: „Die sowjetische Invasion in Afghanistan ist die größte Bedrohung des Friedens seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Korea, Kuba, zwei Berlinkrisen — in der frischen Empörung des Präsidenten versanken die alten russischen Provokationen vorübergehend in Vergessenheit. Carter und seine Berater reagierten mit einem gemischten Maßnahme-Katalog, der den (zumindest äußerlich) stoischen Sowjets und ihren Expansionsträumen Schranken setzen sollte.

Ökonomisches: Die Weizen- und Mais-Lieferungen an Moskau werden um 17 Millionen Tonnen gekürzt. Die Ausfuhr strategisch nutzbarer Güter in die UdSSR — zum Beispiel Computer — unterliegt einem Handelsembargo. Sowjetische Ammoniak-Exporte nach Amerika werden unter eine Importquote gestellt. Die russischen Fischfangrechte vor Alaskas Küste werden um 82 Prozent gekürzt.

Politisches: Die Eröffnung neuer Konsulate in New York und Kiew ist verschoben. Die Ratifizierungsdebatte des *Salt II*-Abkommens im Senat ist vertagt. Die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten im Indischen Ozean verstärkt, der Stützpunkt Diego Garcia wird ausgebaut. (siehe Karte S. 10)

Symbolisches: Die amerikanischen Olympioniken (so der Wunsch des Präsidenten, dem sich Amerikas NOK schwerlich widersetzen kann) sollen die olympischen Sommerspiele in Moskau boykottieren, falls die russischen Truppen Afghanistan nicht bis Ende Februar verlassen haben. Auch die Sportler anderer Staaten sollen der Moskauer Olympiade fernbleiben und so beweisen, daß sie die russische Aggression ablehnen. Carter hält es für notwendig, „der Sowjetunion

Datum

klarzumachen, daß sie nicht eine unabhängige Nation zertreten und gleichzeitig mit dem Rest der Welt normale Geschäfte weiterführen kann“.

Die kalte Wut des Präsidenten ist weltweit entfernt von der milden Blauäugigkeit, mit der er vor drei Jahren die Weltbühne betreten hatte. Im Wahlkampf tat er den erstaunlichen Spruch, westdeutsche Patrouillen könnten sich ja frei durch Ostberlin bewegen. Zu Jugoslawien fiel ihm nicht minder Verblüffendes ein: „Ich glaube nicht, daß unsere Sicherheit direkt bedroht wäre, wenn die Sowjetunion in Jugoslawien einmarschierte.“

Henry Kissinger, der Carter nach dem Wahlsieg Anfang November 1976 in seiner Heimatstadt Plains mehrere Stunden lang außenpolitische Unterweisung erteilte, sagte hinterher: „Carter ist äußerst intelligent, aber zugleich äußerst ignorant.“

Dem neuen Präsidenten waren Begriffe wie Realpolitik, nationales Interesse, geopolitische Kraftlinien nicht nur fremd, sondern auch ein Greuel. Der Pakt „Macht“ schrumpfte in seiner Sicht zur Macht moralischer Prinzipien. In seiner Antrittsrede sagte er, die Stärke der Vereinigten Staaten „gründet sich nicht bloß auf den Umfang der Waffenarsenale, sondern vielmehr auf den Adel der Ideen“.

So setzte der Präsident darauf, die großen Ideen, die er verkündete, würden Amerikas Widersacher überzeugen, daß seine Sache die bessere sei: „Das Vorbild der Demokratie wird zwingend sein.“ Er schwor der Geheimdiplomatie ab. In der Notre Dame-University versicherte er: „Wir sind jetzt frei von jener unangebrachten Angst vor dem Kommunismus, die uns einst veranlaßte, jeden Diktator zu umarmen, der unsere Angst teilte.“

Die Politik der Eindämmung, verkündete er, sei überholt: „Die Drohung eines Konflikts mit der Sowjetunion, die uns einigte, hat nachgelassen.“ Fünf Schwerpunkte setzte Carter seiner Außenpolitik:

- Die Sache der Menschenrechte fördern.
- Mit den demokratischen Industriestaaten zusammenarbeiten.
- Die Beziehungen zur Sowjetunion und zu China „ausgewogen“ und auf umfassender Gegenseitigkeit gestalten; das Kriegsrisiko vermindern, auch wo ideologische Klüfte unüberbrückbar bleiben.
- Den Graben zwischen den reichen und den armen Staaten der Erde einbrennen.
- Zusammen an der Überwindung der großen Weltprobleme arbeiten: Atomkrieg, Rassenhaß, Wettrüsten, Umweltzerstörung, Hunger und Krankheit.

Die Sache hatte ihre Haken, wie der Präsident bald herausfand. An seinen moralischen Prinzipien rieben sich Partner und Gegner wund. Sie hatten anders gelagerte Interessen.

Die Menschenrechtskampagne litt von vornherein an ihrer heuchlerischen Selektivität. Gerügt wurde, wer unwichtig oder ungefährlich war — oder sowieso im anderen Lager stand.

Quelle

Datum

Der Schah, solange er regierte, durfte sich Carters Wohlwillen sicher sein. Ende 1977 toastete er dem Schah in Teheran zu: „Keinem Führer der Welt bringe ich größere Dankbarkeit und größere Freundschaft entgegen.“

Park in Korea, Marcos in den Philippinen — sie und ihresgleichen wurden von Carter nicht weniger zaghaft behandelt als Papadopoulos einst von Kissinger. Allmählich geriet die Menschenrechtspolitik auf ein Nebengleis. Seit Afghanistan sucht Carter vor allem wieder Verbündete, mögen sie noch so brutal, unterdrückerisch, ungerücklich sein. Im Werben um Pakistans Bundesgenossenschaft fand der Menschenrechtsansatz von 1977 ein unrühmliches Ende.

Die Beziehungen zu den demokratischen Industriestaaten? Carters Vorstellungen über innere

und internationale Wirtschaftspolitik, die von Washington geduldete Verwahrlosung des Dollars, vielfältige Verunsicherung der Verbündeten, die sich fragten, ob auf Amerikas nukleare Garantie noch Verlaß sei, unterschiedliche ostpolitische Ansätze, das Erratische an Jimmy Carter — all dies machte den Freunden das Leben schwer. Die Definition eines neuen gemeinsamen Nenners angesichts der gewandelten Weltlage erkannte der Präsident viel zu spät als Aufgabe. Erst das Geiseldrama von Teheran und der sowjetische Einmarsch in Kabul führten ihm die Notwendigkeit vor Augen, sich mit den Verbündeten abzustimmen. Leicht fiel dies nicht: Die Erinnerung an seine frühere Unstetigkeit ließ manchen Partner vor neuen Festlegungen zurückschrecken.

Moskau blieb hartnäckig im Zentrum der amerikanischen Sorgen. Die Entschärfung des Verhältnisses mißlang; Carter packte sie auch von vornherein falsch an, indem er die Menschenrechte rhetorisch in den Vordergrund schob und dem Dissidenten Sacharow einen Brief schrieb; vor allem aber, als er im Mai den Sowjets einen Vorschlag zur Raketenabrüstung auf den Tisch legen ließ, der den früher getroffenen Abmachungen zuwider lief und obendrein den Amerikanern lauter einseitige Vorteile zuschanzte.

Carters Bruderkuß für Breschnjew

Hinzu kam der Versuch, ein Junktim zwischen Amerikas Entspannungsbereitschaft und dem sowjetischen Verhalten in der Dritten Welt herzustellen (Carter im Mai 1977: „Es kann keinen Ausgleich in einem Teil der Welt geben bei gleichzeitiger Zuspitzung der Konflikte in einem anderen Teil.“). Der Versuch brachte Carter nicht sehr weit, zumal er in Washington selbst nicht unumstritten war: In der Praxis würde dann doch dem Salt II-Abkommen Vorrang eingeräumt. Im Juni 1978 besiegelten Carter und Breschnjew es in Wien; der Amerikaner drückte dem verdutzten Russen dabei demonstrativ einen Bruderkuß auf. Ein halbes Jahr später war Salt II tot: eingeklemmt im Senat, plattgewalzt von den sowjetischen Panzern in Afghanistan.

Carter fiel aus allen Wolken, weil er wochenlang die Geheimdienstmeldungen über den sowjetischen Truppenaufmarsch nördlich des Oxus und die warnenden Drahtberichte seines Moskauer Botschafters Toon ignoriert hatte. Nach dem Einmarsch in Kabul gesellte er sich den Apokalyptikern zu. Dabei blieb auch der

Vorsatz einer zwischen Moskau und Peking „ausgewogenen“ Politik auf der Strecke. Carter zog jetzt die chinesische Karte aus dem Ärmel. Rein zufällig versprach all dies obendrein, sich auch wahlkampf-taktisch auszuzahlen.

In seiner Rüstungs- und Abrüstungspolitik erlitt der Präsident nicht minder schmerzhaft Schiffbruch. Der Wahlkämpfer Carter hatte versprochen, er werde den Verteidigungshaushalt um bis zu sieben Milliarden Dollar kürzen. Als er kurze Zeit im Amt war, räumte er ein, daß er den Mund zu voll genommen hatte. In Wahrheit stiegen die Wehrausgaben ständig weiter: 1978 auf 116, 1979 auf 126 Milliarden Dollar. In seinem dritten Amtsjahr gab Carter dem Druck der Falken in Washington vollends nach. Um Salt II zu retten, lieferte er sich jenem „militärisch-industriellen“ Komplex aus, vor dem der Generalspräsident Eisenhower schon vor zwanzig Jahren in seiner Abschiedsansprache gewarnt hatte. Er ordnete den Bau der mobilen Interkontinentalrakete MX an, gab grünes Licht für die Produktion weitreichender Atomwaffen zur Postierung in Westeuropa und beschloß die Aufstellung einer Eingreifreserve von 100 000 Mann für Einsätze in Übersee. Carters Versprechen nun: Der Wehretat soll jährlich um reell — also inflationsbereinigt — 4,5 Prozent steigen.

Auch von Carters ursprünglichem Neuansatz gegenüber der Dritten Welt blieb nicht viel übrig. Der Ausgleich mit Havanna und Hanoi geriet schon bald ins Stocken — teils wegen der kubanischen Söldner in Afrika (die Carters erster UN-Botschafter Andy Young zunächst als „stabilisierendes Element“ gepriesen hatte), teils wegen Hanois ausgreifender Politik in Indochina. Carters große Leistung, die Friedensvermittlung zwischen Israel und Ägypten, blieb eine halbe Sache, weil der Präsident davor zurückschreckte, das Palästina-Problem frontal anzugehen.

Im Iran scheiterte Carter mit seinem Werben um die „new influentials“, die Aufsteigermächte. Erst lobte der Präsident den Schah in den Himmel, dann sah er dem Verfall der Pahlavi-Autorität unschlüssig zu: Der Schah wurde weder zur Liberalisierung gedrängt noch gestürzt, solange es noch Zeit gewesen wäre. Am Ende war die persische Bastion dahin, Amerikas Einfluß dort auf Null gebracht, US-Staatsbürger wurden in der Teheraner Geisellaffäre zur Zielscheibe staatlich und religiös gebilligten Terrors. Eine Welle des Anti-Amerikanismus ging durch die islamische Welt. Nach ihrem Einmarsch in Afghanistan verloren zwar auch die Sowjets dort gewaltig an Sympathie, aber sie wuchs keineswegs automatisch den Amerikanern zu. Eher machte sich eine Haltung der Neutralität gegenüber beiden geltend, ein Hang, sich aus den Händeln der Großen herauszuhalten: „Die Pest über beidel“

Im übrigen wurde aus dem Vorsatz zur Offenheit vis-à-vis den Entwicklungsländern in der Praxis wenig. Für die Forderungen der „Gruppe 77“ hatte Washington nur taube Ohren. In Carters Amtszeit wurden die Gelder für die Auslandshilfe drastisch gekürzt, ohne daß Carter dem Kongress mit eindrucksvollen Programmen für Handelserleichterungen und technische Hilfe zu Leibe gerückt wäre. Es blieb bei leeren Versprechungen. Die großen Menschheitsprogramme — Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen,

974143

GRJ

Textdokumentation

974144

Quelle

ZEI Die Zeit

Datum

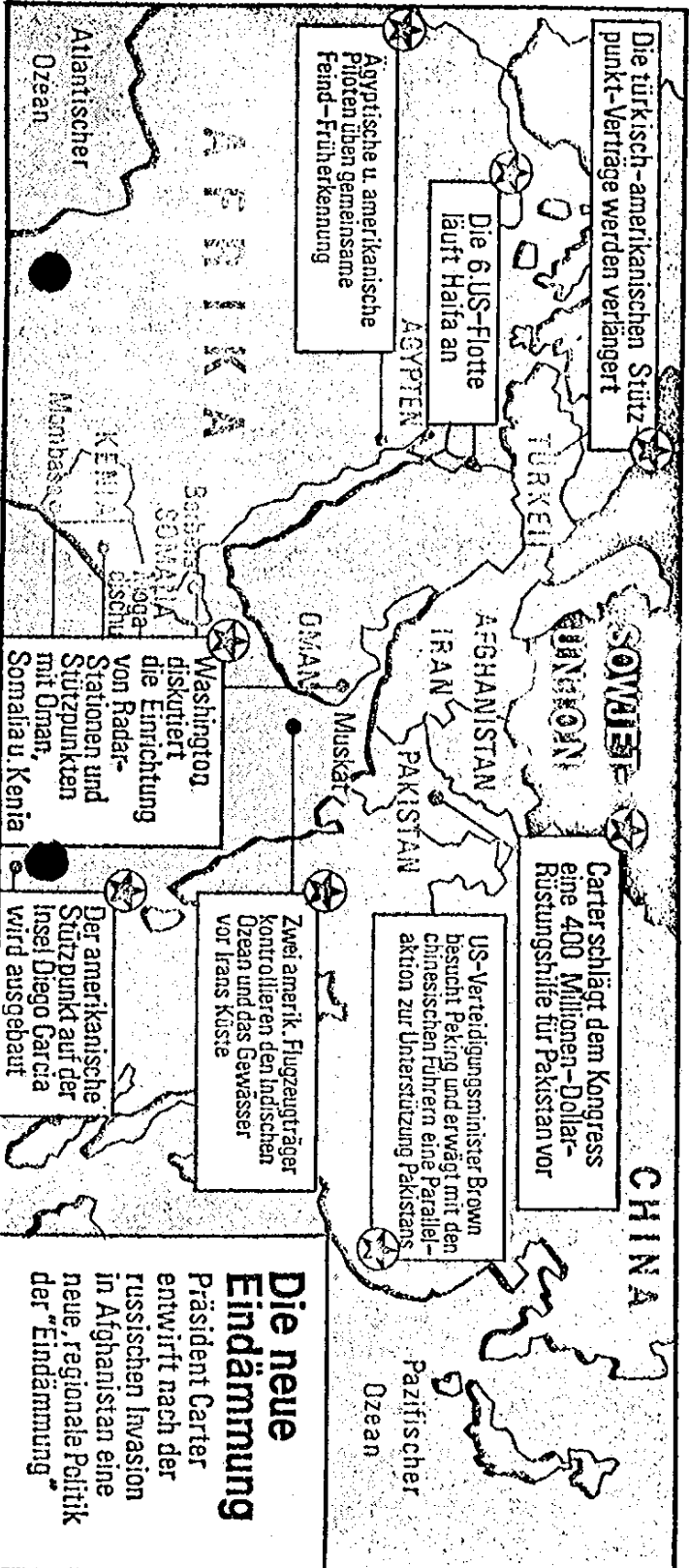
25. Jan. 1980 51

BOSSHER

„Frieden durch Stärke“

„Im Vorjahr haben wir begonnen, unsere Fähigkeit zum Einsatz militärischer Macht im Persischen Golf zu erhöhen. Wir suchen verbesserten Zugang zur Nutzung militärischer Einrichtungen in dieser Region. Wir haben unsere Flottenpräsenz im Indischen Ozean verstärkt.“

Jimmy Carter vor dem US-Kongress am 23. Januar 1980



Die türkisch-amerikanischen Stützpunkt-Verträge werden verlängert

Die 6 US-Flotte läuft Haifa an

Ägyptische u. amerikanische Piloten üben gemeinsame Feind-Früherkennung

Carter schlägt dem Kongress eine 400 Millionen-Dollar-Rüstungshilfe für Pakistan vor

US-Verteidigungsminister Brown besucht Peking und erwägt mit den chinesischen Führern eine Parallelaktion zur Unterstützung Pakistans

Zwei amerik. Flugzeugträger kontrollieren den Indischen Ozean und das Gewässer vor Irans Küste

Washington diskutiert die Einrichtung von Radar-Stationen und Stützpunkten mit Oman, Kenia Somalia u. Kenia

Der amerikanische Stützpunkt auf der Insel Diego Garcia wird ausgebaut

Die neue Eindämmung: Präsident Carter entwirft nach der russischen Invasion in Afghanistan eine neue, regionale Politik der "Eindämmung"

Quelle

Datum

Umwelt, Bekämpfung des Hungers — verkümmerten binnen drei Jahren zu wohlfeilen Parolen. Pakistan, das hinter seiner „islamischen Bombe“ her ist, war ein Jahr in amerikanischer Acht, weil es seine Reaktoren nicht der internationalen Inspektion öffnen wollte; die T-72 am Khyber-Paß änderten dies schlagartig. Der Umweltschutz ist unter Carter — konjunkturhalber und wegen der Energieprobleme — zurückgeschnitten worden. Gegenüber den Sowjets setzte Carter die „Getreidewaffe“ ein, deren Nichtanwendung er hoch und heilig versprochen hatte.

Nach drei Jahren im Weißen Haus war Jimmy Carter dort angelangt, wo Kissinger am 20. Januar 1977 aufgehört hatte: bei globaler Realpolitik. Er ließ sich vor Weltkarten fotografieren und gab pessimistische geopolitische Kernsätze von sich: „Wir müssen die strategische Bedeutung Afghanistans begreifen. Ein von den Sowjets besetztes Afghanistan bedroht sowohl Iran und Pakistan und ist ein Sprungbrett zur Herrschaft über ein gut Teil des Erdöls in der Welt.“ Manche befürchteten, er werde die neue Politik genauso naiv, dilettantisch und spastisch betreiben wie zuvor die alte. Desto gespannter waren sie auf den genauen Wortlaut der Doktrin, deren Abfassung sich Jimmy Carter am vorigen Wochenende in der Waldeinsamkeit von Camp David gewidmet hatte.

Nach drei Jahren amerikanischer Außenpolitik voller idealistischer Rhetorik, hehren Hoffnungen und knappen Mitteln verkündet Carter seine Absicht, den Sowjets fortan entschieden entgegenzutreten — ein Wendepunkt seiner Außenpolitik war erreicht. Das Zickzack solcher Kursänderungen hat allerdings amerikanische Geschichte.

Seit George Washingtons legendärer „Abschiedsrede“ aus dem Jahre 1796 („Vermeidet Dauerbündnisse“) kennt die amerikanische Diplomatie nur eine Regelmäßigkeit — weit ausholende Pendelschläge zwischen Isolationismus und Internationalismus, zwischen Introversion und Intervention.

Rückzug oder Aktionismus

Diese Ausschläge kommen nicht von ungefähr; sie entspringen demselben historischen Abkehr- und Abwehrreflex einer einst jungfräulichen Inselnation gegenüber einer befleckten, ja korrupten Alten Welt — mit ihren „Ambitionen, Rankünen und Launen“, wie es Erst-Präsident Washington ausdrückte. Stets zeigte die amerikanische Politik extreme Reaktionen, geprägt von selbstgerechter Ungeduld und krassen Alternativen: Entweder Rückzug auf das reine, unberührte Selbst — oder eifernder Aktivismus, der die Welt in Amerikas Antlitz umzuformen suchte.

Woodrow Wilsons Amerika wartete bis 1917, bevor es in den großen europäischen Krieg eintrat — dann aber mit ungebremseter Wucht und einem schier grenzenlosen Ziel: um für immer eine Welt „safe for democracy“ zu erschaffen. Zwei Jahre später schlug das Pendel genauso heftig zurück: Amerika überließ den Europäern die Kärnerarbeit an einer europäischen Friedensordnung; Europa mit seinen ewigen „Rankünen und Launen“ hatte sich eben als ebenso undankbar wie unwürdig erwiesen.

Roosevelts Amerika sah ungerührt zu, wie die Nazis Europas baufällige Ordnung Schritt um

Schritt in Stücke schlugen. Die Vereinigten Staaten griffen erst zur Waffe, nachdem die Achsenmächte die halbe Welt erobert und Amerika selbst angegriffen hatten. Dann aber kämpften sie im Dienste einer „heiligen Pflicht“ und der „überwältigenden Mehrheit der menschlichen Rasse“ bis zur bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte — so Franklin D. Roosevelt nach dem Überfall auf Pearl Harbour. Die Schock-Therapie der politischen Wirklichkeit hat auch bei Carter gewirkt.

Doch Jimmy Carter brauchte nach dem weihnachtlichen Afghanistan-Trauma immerhin einen Monat, um seine eigene außenpolitische „Doktrin“ vors Volk zu tragen; bei Harry S. Truman, dem einstigen Herrenausstatter aus Kansas City und Erst-Autor aller amerikanischen Nachkriegs-Doktrinen, dauerte es bloß 19 Tage. Dabei war der Anlaß längst nicht so dramatisch wie der Einfall der Roten Armee in das benachbarte Afghanistan.

Es war der 21. Februar 1947, ein Freitag, an dem der amerikanische Außenminister, General a. D. George C. Marshall, sein Büro im State Department bereits am frühen Nachmittag verlassen hatte. Minuten später klingelte das Telefon: Der britische Botschafter Lord Inverchapel bat um eine sofortige Unterredung, um ein „blaues Stück Papier“ — Diplomatenjargon für eine dringende Botschaft — der Regierung Seiner Majestät zu überbringen.

Die Briten danken ab

Dies war die eigentliche Geburtsstunde der Truman-Doktrin, die knapp drei Wochen später — am 12. März — vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses verkündet wurde.

Der Text der Botschaft kündete in zwei Noten von der weltpolitischen Abdankung des britischen Königreiches.

Die erste Note beschrieb den bevorstehenden Zusammenbruch Griechenlands, wo kommunistische Rebellen einen scheinbar unaufhaltsamen Siegesmarsch angetreten hatten: Angesichts der Wirtschaftskrise im eigenen Lande sehe sich Großbritannien außerstande, nach dem 31. März weiterhin wirtschaftliche und militärische Hilfe für die bedrängte griechische Regierung zu leisten. Die griechischen Bedürfnisse für 1947 wurden von den englischen Beamten in *Whitehall* auf 240 bis 280 Millionen Dollar geschätzt.

Die zweite Note berichtete Vergleichbares über die Türkei. Auch hier hatte sich England mit Geld und Waffen engagiert, um das Land gegen den Druck aus Moskau zu stützen. Auch hier meldete London den Bankrott an: Das war das Ende der *Pax Britannica*.

Nicht nur Griechenland, auch England und das übrige Westeuropa standen im harten Winter von 1947 am Rande des wirtschaftlichen Abgrunds. Nahrungsmittel waren streng rationiert, die Stromversorgung war flächenweise zusammengebrochen, Anfang Februar war die Hälfte der britischen Industrie wegen Kohlenknappheit

Quelle

Datum

lahmgelegt. Fünf Millionen Arbeiter standen auf der Straße.

Für Amerika bedeutete dies ein trauriges Ende seines Nachkriegstraumes von einer kosten- und gewaltfreien Außenpolitik — genauso wie in Afghanistan 33 Jahre später für Jimmy Carter, der 1977 mit einer „Neuen Außenpolitik“ angetreten war, eine Welt zusammenbrach. In seinem Katechismus für Auswärtiges, vorgetragen am 23. Mai 1977 in der katholischen *Notre Dame-University*, hieß es:

„Ich glaube, daß wir eine demokratische Außenpolitik führen können... gegründet auf der steten Anständigkeit unserer Werte und dem Optimismus unserer historischen Vision. ... Wir sind zu lange bereit gewesen, die falschen Prinzipien und Taktiken unserer Gegner zu übernehmen; manchmal haben wir sogar unsere eigenen Werte in Stich gelassen. Wir haben Feuer mit Feuer bekämpft, wo doch Feuer besser mit Wasser bekämpft werden soll... Ich glaube an die Entspannung mit der Sowjetunion...“

Glaubensfragen? So wußte seinerzeit schon Franklin D. Roosevelt nach seiner Rückkehr von der Jalta-Konferenz (Februar 1945) ähnlich Tröstliches zu berichten — nämlich das Ende der *balance of power*, der sinnlosen Machtpolitik, die „jahrhundertlang ausprobiert worden ist und jahrhundertlang versagt hat“. Fürderhin sollte ein Konzert der verantwortungsvollen Großmächte weltweit für Recht und Ordnung sorgen — damit Amerika wieder ungestört seinen eigenen Garten bestellen könne. In Jalta hatte Roosevelt Stalin erzählt: „Ich glaube nicht, daß sich Kongreß und Öffentlichkeit länger als zwei Jahre nach Kriegsende mit einer amerikanischen Militärpräsenz in Europa abfinden werden.“ Es heißt, daß Stalin bloß höflich geschwiegen habe.

Amerika aber handelte — so wie es Roosevelt vorausgesehen hatte. Zwei Jahre nach Kriegsende standen nicht mehr zwölf Millionen Amerikaner unter Waffen, sondern nur wenig mehr als eine Million. Auch die Sowjetunion „rüstete ab“: auf rund sechs Millionen Mann.

Als England im Februar 1947 aufgab, hatte Amerika — abgesehen von der unfassbaren, unbrauchbaren Atombombe — nur starke Worte im Köcher — von denen es um so lauter Gebrauch machte. „So wie viele gesunde Äpfel in einer Kiste von einem faulen Apfel verdorben werden“, warnte Marshalls Staatssekretär Dean Acheson eine Gruppe von Kongreß-Größen, die sich drei Tage nach dem britischen Hilferuf im Weißen Haus versammelt hatte,

„so wird die Verseuchung Griechenlands den Iran und alle östlich gelegenen Länder infizieren. Sie wird die Ansteckung auch über Kleinasien und Ägypten nach Afrika, und über Italien und Frankreich nach Europa tragen... Die Sowjetunion hat sich mit einem äußerst geringen Einsatz auf eines der größten Spiele der Geschichte eingelassen... Wir, und nur wir allein, sind in der Lage, dieses Spiel zu beenden.“

Jimmy Carter in seiner Fernsehrede an die Nation im Januar 1980: „Aggression, der sich niemand entgegenstemmt, breitet sich aus wie eine ansteckende Krankheit.“ — Die Wiederkehr des Immergleichen...

Am 12. Februar 1947, 19 Tage nach dem blauen Brief der Briten, offerierte Präsident Truman dem Kongreß ein Rezept, das als *Truman-Doktrin* in die Geschichte der Vereinigten Staaten einging. Ihr Kernbekenntnis lautete:

„Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, freie Völker zu unterstützen, die sich dem Versuch der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen.“

Der Preis der Doktrin — 400 Millionen Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe für Griechenland und die Türkei — schien begrenzt, — ebenso wie das eigentliche Ziel: die Stabilisierung zweier maroder Staaten an der südlichen Flanke der Sowjetunion. Es ging darum, nach zwei Jahren stetigen Rückzugs auf die *insula fortunata* Amerika wieder Gleichgewichtspolitik zu betreiben: Macht bereitzustellen und zweckgerecht einzusetzen — so wie es der Autor der „Eindämmungsdoktrin“ George F. Kennan in seinem legendären *Foreign Affairs*-Artikel „Die Ursprünge sowjetischen Verhaltens“ vom Juli 1947 formuliert hatte:

„Hauptelement jeder Politik der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion muß eine langfristig angelegte, geduldige, aber doch feste und wachsame Eindämmung russischer Expansionstendenzen sein... durch die geschickte, umsichtige Anwendung von Gegenkräften an ständig wechselnden geographischen und politischen Punkten, die den Sprüngen und Manövern sowjetischer Politik entsprechen...“

Nur Eigenschaften wie „Geduld“, „Langfristigkeit“, „Umsicht“, ja selbst „Wachsamkeit“ sind noch nie herausragende Tugenden der amerikanischen Außenpolitik gewesen.

Amerika war kriegsmüde

Die *Truman-Doktrin* galt einem eng abgezielten Raum — doch wie sollte ein kriegsmüdes Volk für eine Realpolitik mobilisiert werden, die es nicht verstand? Es mußte ein neues Banner entrollt, ein neuer Kreuzzug entfacht werden. Vor allem aber mußte „die Nation“ — so Dean Acheson im Mai 1947 — „in die Erkenntnis einer wachsenden Krise hineingeschreckt“ werden, damit die Regierung überhaupt erst die Instrumente einer Gleichgewichtspolitik in die Hand bekäme. So wurde aus der Parole „Hilfe für Athen und Ankara“ der anti-kommunistische Alarmruf „Unterstützung für alle freien Völker!“ — hier und immerdar. Dazu bemerkte Joseph E. Jones — Beamter im *State Department* und Chronist der *Truman-Doktrin* („*The Fifteen Weeks*“) — mit lapidarem Understatement: „Amerikaner sind eben viel empfänglicher für große als für kleine Ideen.“

Harry Truman wollte ein außenpolitisches Geschäft mit beschränkter Haftung finanzieren — und mußte dazu wie alle amerikanischen Präsidenten in diesem Jahrhundert vom Kongreß einen ideologischen Blanko-Scheck anfordern: ein *plein pouvoir*-Mandat, das den Interventionismus einer ganzen Generation von Präsidenten politisch abgesegnete und erst im Vietnamkrieg zerrissen wurde.

Eigentlich war eine klassische Macht- und

974146

Quelle

Gleichgewichtspolitik vonnöten, weil nach dem Kollaps des europäischen Staatensystems nur Amerika stark genug war, um die Sowjetunion auszutarieren. Doch nichts in ihrer Geschichte hatte die Amerikaner auf diese Sisyphus-Rolle vorbereitet. „Nicht ein Gleichgewicht der Macht, sondern eine Gemeinschaft der Macht“ — lautete Wilsons Parole kurz vor dem Kriegseintritt. Und wenn schon Intervention, dann nur unter dem Banner eines hehren Ideals: „Mir wird vorgewor-

fen, ich sei ein Idealist“, sagte Wilson nach Kriegsende. „Nun, so weiß ich, daß ich ein Amerikaner bin. Amerika ist die einzig idealistische Nation der Welt.“

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges mußten sich Amerikas Ideale in das Gewand einer anti-kommunistischen Ideologie hüllen; ihr Instrument war ein Netz von Bündnissen, deren Akronyme bald um den ganzen Erdball wucherten:

- Nato (1949)
- ANZUS (1951, mit Australien und Neuseeland)
- Beistandspakte mit Korea (1953) und Taiwan (1954)
- SEATO (1954, mit Australien, Neuseeland, England, Frankreich, Thailand, Pakistan und den Philippinen)
- CENTO (1955, mit Irak, England, Pakistan und Iran).

Und wie Harry Truman erfand außer John F. Kennedy noch jeder Präsident seine Eigen-Doktrin — nicht, um ein Dogmengebäude *ex cathedra* zu zimmern, sondern um im Namen der Reinhaltung jener Doktrin bei Volk und Kongreß eine frei verfügbare Handlungsvollmacht aufzunehmen — um letztlich eine monarchistische Außenpolitik mit demokratischen Mitteln führen zu können.

Wie Truman 1947 im Balkan holte sich auch Dwight D. Eisenhower 1957 eine anti-sowjetische Prokura für Eingriffe im Nahen Osten. Vom Kongreß forderte er am 5. Januar das Recht, „allen Ländern oder Ländergruppen in dieser Region, die es wünschen, Wirtschafts- und Militärhilfe zu gewähren, gegebenenfalls auch unter Einsatz amerikanischer Truppen“. Der Präsident freute sich wie ein Kind, als die Presse diese Nahost-Resolution prompt als *Eisenhower-Doktrin* feierte.

Ein Jahre später brannten Demonstranten zwei amerikanische Bibliotheken im Libanon nieder. Ike zu seiner Frau Mamie: „Vielleicht sollte ich meine alten Uniformen wieder ausgraben, um zu sehen, ob sie noch passen.“ Schon ein paar Wochen später bot sich die Gelegenheit, die Doktrin in die Tat umzusetzen — als der libanesische Präsident Camille Ghamoun die Amerikaner am 14. Juni 1958 zur Rebellenbekämpfung anforderte.

„Wann können Sie anfangen?“

Noch am selben Tag fragte Eisenhower seinen Stabschef Nathan Twining: „Wie schnell können Sie anfangen, Nate?“

„Eine Viertelstunde, nachdem ich wieder im Pentagon bin.“

Eisenhower: „Well, worauf warten wir noch?“

Einen Tag später wateten 5000 *Marines* am

Datum

Strand von Beirut an Land — unter dem lauten Applaus der Badegäste. Nur die Rebellen waren verschwunden. So einfach war das damals.

Auch Lyndon B. Johnson versuchte wie alle seine Vorgänger, die lästigen Kontrollen des Kongresses — wie sie im System der *checks and balances* verankert sind — abzuschütteln. Sein Instrument war keine „Doktrin“, sondern die Tonkin-Golf-Resolution vom 7. August 1964.

974147

Agonie nach Vietnam

„Ein Jahrzehnt, das mit der kühnen Erklärung begonnen hatte, Amerika werde für den Erfolg und Fortbestand der Freiheit jeden Preis bezahlen und jede Last auf sich nehmen, war in einer Agonie der Attentate, Unruhen, Rebellionen und häßlichen Demonstrationen zu Ende gegangen. Die 60er Jahre erlebten das Ende unserer Unschuld“

Henry Kissinger, 1979

Sie gab ihm das Recht, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jedweden Angriff auf die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zurückzuschlagen“. Mit dieser Resolution verzichtete der Kongreß auf sein Verfassungsrecht, Kriege zu erklären.

Die Resolution, fand auch der Präsident, „war wie Omas Nachthemd — sie deckte alles ab“. Und nicht nur in Vietnam führte Johnson vor, wie er Konflikte zu lösen gedachte: Im Mai 1965 alarmierte ihn sein aufgeregter Botschafter in Santo Domingo, ein kommunistischer Umsturz auf der Insel stünde kurz bevor. Johnson kam dem zuvor, indem er ein großes Marinekontingent in den Mikro-Gefahrenherd entsandte. Die CIA wußte nur von insgesamt 53 Kommunisten in Santo Domingo, die in der UdSSR, in China oder auf Kuba ausgebildet worden waren. Sie hatten nun keine Chance mehr.

Der renommierte Journalist Walter Lippmann feierte die Intervention als willkommene Rückkehr zur klassischen Diplomatie im Sinne der altherwürdigen *Monroe-Doktrin*: „Es ist normal“, schrieb er, „daß eine große Macht in ihrem Einflußbereich darauf achtet, daß keine andere Großmacht feindliche militärische oder politische Kräfte mobilisiert.“

In einer Rede vor dem Kongreß versuchte Johnson dann, die Erfahrungen mit Vietnam

Quelle

und den Eingriff in Santo Domingo unter einen Hut zu bringen: Wie in Vietnam, so habe er auch in Santo Domingo interveniert, um sogenannte „nationale Befreiungskriege“ zu unterbinden. Diese *Johnson-Doktrin* entpuppte sich dann als ganz praktischer Versuch, der Exekutive einen Blankoscheck für Interventionen rund um die Welt zu verschaffen.

„Die meisten Amerikaner“, schreibt Johnsons Biograph Louis Heren, „teilten die Überzeugung des Präsidenten, daß ein Zeichen amerikanischer Macht die Feindseligkeiten in Vietnam beenden und daß Hanoi schnell seine Truppen zurückziehen würde.“

Sehnsucht nach dem Rückzug

Diese Hoffnung entsprach der amerikanischen Sehnsucht, sich endlich wieder „mit den eigenen Problemen“ ausführlich beschäftigen zu können. Im Jahr 1971 erinnerte sich Johnson:

„Ich glaubte, daß wir 1965 einen Wendepunkt in unseren Beziehungen zur übrigen Welt erreicht hatten. Nach zwanzig Jahren des Opfers, der Großzügigkeit und oft der einsamen Verantwortung fand das amerikanische Volk jetzt, daß andere Nationen mehr für sich selbst tun sollten. Ich fürchtete besonders, daß wir versucht sein könnten, uns zu schnell von

der Welt zurückzuziehen, ehe solide Grundlagen aufgebaut werden konnten, um andere Nationen in ihrem Wunsch nach Selbständigkeit zu unterstützen.“

Vergebens suchte Lyndon B. Johnson nach dem „vernünftigen Mittelweg: sich zurückzuziehen, aber nicht zu weit; unseren Anteil an der Last zu reduzieren, aber nicht zu schnell; andere aufzufordern, einen größeren Teil an der Gestaltung ihres Schicksals zu übernehmen, aber nicht schneller, als sie das bewältigen konnten“.

Doch aus der amerikanischen Neuordnung der Welt wurde nichts. Spätestens von 1965 an, da mehr als 500 000 amerikanische GIs im vietnamesischen Dschungel einen meist unsichtbaren Feind besiegen sollten, durchliefen die Vereinigten Staaten „eine Periode des Zweifels an sich selbst und des Selbsthasses“ — so Henry Kissinger in seinen Memoiren:

„Ein Jahrzehnt, das mit der kühnen Erklärung begonnen hatte, Amerika werde für den Erfolg und Fortbestand der Freiheit jeden Preis bezahlen und jede Last auf sich nehmen, war in einer Agonie der Attentate, Unruhen, Rebellionen und häßlichen Demonstrationen zu Ende gegangen. Die 60er Jahre erlebten das Ende unserer Unschuld.“

Nicht nur die edlen Träume der Kennedy-Ära,

sondern auch die Doktrin des exekutiven Krisenmanagement im Stile Lyndon B. Johnsons waren in Vietnam gescheitert.

In Vietnam wurde die Handlungsvollmacht der *Truman-Doktrin*, von Eisenhower und Johnson auf zwei Jahrzehnte verlängert, endgültig zerrissen. Es war das Ende der bislang letzten imperialen Phase in der amerikanischen Geschichte, mithin auch der „imperialen Präsidentschaft“ (Arthur Schlesinger), deren Nutznießer versucht hatten, sich mit ihren selbst fabrizierten „Doktrinen“ aus dem demokratischen System der *checks and balances* zu stehlen.

Eine Welle des Anti-Vietnam-Protestes festete Johnson buchstäblich aus dem Weißen Haus. „Come home, America“, forderte George McGovern im Wahlkampf 1972. Was Wunder, daß Richard M. Nixon sich schon 1969 ebenfalls eine Doktrin zurechtgelegt hatte, diesmal aber, um den unwiderruflichen Rückzug zu decken. Die *Nixon-Doktrin* besagte nichts anderes, als daß sich Amerika nach 20 Jahren der imperialen Ausdehnung zumindest in Asien wieder „hinter den Horizont“ zurückziehen wollte — und mußte. Hatte Truman noch unbegrenzte Hilfe gegen „bewaffnete Minderheiten“ und „Druck von außen“ versprochen, so proklamierte Nixon, daß beide Probleme fürderhin „von den asiatischen Nationen in Eigenverantwortung gelöst“ werden müßten.

Amerika hatte sich übernommen.

Amerikas Hilfssheriffs versagten

Von seiner hochfliegenden Erneuerungs-Rhetorik einmal abgesehen, versuchten Jimmy Carter und sein Berater Brzezinski genau dort weiterzumachen, wo Nixon und Kissinger aufgehört hatten. Ihr gemeinsames Ziel war eine „Billig-Hegemonie“ mit begrenzten Mitteln: Amerika sollte zwar nicht mehr überall die erste Geige spielen, dafür aber um so leichter das Konzert der Mächte von Washington aus dirigieren.

Der Unterschied zur klassischen *Eindämmungs*-Politik lag in der Sparsamkeit der Mittel. Wo einst Krieg geführt wurde (Korea, Vietnam), wurden erst von Kissinger, dann von Carter kunstvoll diplomatische Netze geknüpft (mit China und Japan gegen die Sowjetunion). Wo früher Amerika in der vordersten Linie stand, sollten nun die „neuen Einflußreichen“ wie etwa Saudi-Arabien und der Iran, Polizei- und Ordnungsfunktionen in den brenzligen Ecken der Weltpolitik übernehmen.

Die Sowjetunion aber ließ sich nicht einbinden, und Amerikas Hilfssheriffs am Golf entpuppten sich als *unhaltbare Figuren*. Amerika war nach den Exzessen einer schier grenzenlos ausgeweiteten *Truman-Doktrin* wieder „nach Hause“ zurückgekehrt — und hatte dabei den eigentlichen Kern des *Containment* vergessen: daß nur Macht der Macht Einhalt gebieten kann.

Jimmy Carter, der sich vor drei Jahren noch über eine „unmäßige Furcht vor dem Kommunismus“ mokierte, hat sich in seiner Jahresbotschaft vor dem Kongreß auf die klassischen Einsichten der Realpolitik besonnen: „Wir werden fortan der Sowjetunion auf breiter Front zeigen, daß sie für Aggression einen hohen Preis zahlen muß.“

974148